



## **Bericht zur Situation der Hersteller ökologischer Lebensmittel 2007**

### **Einführung**

In den letzten beiden Jahren hat sich der Markt für ökologische Lebensmittel dynamisch entwickelt! In vielen europäischen Staaten ist der Trend zu Bio-Lebensmittel ungebrochen positiv oder hat wie in Österreich nach einer gewissen Konsolidierung erneut gute Zuwächse erreicht.

Ein Stiefkind der Entwicklung bleibt nach wie vor die Forschung zu ökologischen Lebensmitteln. Während in einigen Ländern zumindest in bezug auf den ökologischen Landbau schon einige Forschungskapazitäten etabliert sind, bleiben enorme Lücken im Bereich der Verarbeitung, Ernährung und Gesundheit. Als Technologie- und Wissensstandort darf Europa die Führerschaft in der Forschung zu ökologischen Lebensmitteln nicht abgeben. Streichungen von Forschungskapazitäten, wie jüngst zu dem Forschungsstandort für ökologischen Landbau in Trendhorst (D) diskutiert, sind völlig verfehlt. Es ist dringend geboten diesen dynamisch wachsenden Markt wissenschaftlich adäquat zu begleiten. Schlüsselfragen im Zusammenhang mit ökologischen Lebensmitteln wie Qualität, Gesundheit und Umweltnutzen aber auch angewandte Technologien in Landbau und Verarbeitung müssen dringend wissenschaftlich weiter erforscht werden.

Ökologische Lebensmittel bieten Lösungsansätze, um sowohl der Klimakatastrophe als auch den Problemen im Gesundheitsbereich zu begegnen. Die möglichen Beiträge müssen wissenschaftlich deutlicher herausgearbeitet werden mit dem Ziel, das System Öko-Landwirtschaft und Öko-Lebensmittel weiter zu entwickeln, damit dieses noch bessere Lösungsansätze für die Kernthemen unserer Zeit bietet.

Die AoeL hat sich zum Ziel gesetzt, die Akteure im ökologischen Feld, seien es Anbauverbände, Verarbeiter oder Händler in Diskussionsprozesse einzubinden, um auf der privatwirtschaftlichen Seite eine Weiterentwicklung der heute etablierten Systeme für ökologische Lebensmittel zu ermöglichen.

Der Bericht zur Situation der ökologischen Lebensmittelhersteller für das Jahr 2007 gibt hierzu Gelegenheit.

## I. Revision der EU-Öko-Verordnung.

### Zusammenfassung:

Die EU hat die Revision der Öko-Verordnung überhastet und unsolid angegangen. Im Resultat konnte trotz vieler un geregelter Fragen ein akzeptables Ergebnis erreicht werden. Deshalb muss die Zeit zur Feinabstimmung technischer Fragen unter der deutschen Ratspräsidentschaft gut genutzt werden. Die Überarbeitung der Anhänge und die Erarbeitung der Durchführungsbestimmungen muss von allen Beteiligten solider und mit mehr Zeit angegangen werden.

Die EU Kommission hat im Dezember 2005 überstürzt die Revision der EU VO 2092/91 eingeleitet. Die Branche reagierte schockiert und in Deutschland wurde zunächst die Illusion gepflegt, den Revisionsprozess stoppen zu können. Der erste Vorschlag vom Dezember 2005 war inhaltlich und in bezug auf die Vorgehensweise unausgereift.

Intensives Zuarbeiten und stete Verhandlungen haben dazu geführt, dass erstens mehr Zeit für den Prozess eingeräumt wurde und zweitens, dass wesentliche Verbesserungen an dem ursprünglichen Konzept erreicht wurden. Mit dem Beschluss des Agrarministerrates vom 19.12.2006 wurden die politischen Verhandlungen zum Thema beendet. Technische Details sollen noch unter der deutschen Ratspräsidentschaft korrigiert werden. Ob es hierzu überhaupt Spielraum gibt, ist offen.

Von der privaten Seite wurde die Chance vertan, die Ziele in Hinblick auf die Weiterentwicklung des Rechtsrahmens klar zu definieren und in das Revisionsvorhaben einzubringen. In der EU nicht und erst recht nicht in Deutschland ist es wirklich gelungen eine Debatte zur „Zukunftsfähigkeit“ der EU-Öko-VO zu führen. Nichts desto trotz konnten einige positive Veränderungen erreicht werden. Zu nennen sind z.b.:

- Stärkere Ausrichtung auf Nachhaltigkeit und gesunde Lebensmittel
- Weiterentwicklung des Geltungsbereichs (z.b. Aufnahme von Hefe)
- Einführung von Kriterien für die Substanzevaluierung
- Wegfall des Konzeptes „Zutaten landwirtschaftlichen Ursprungs“
- Veranlagung von Lebensmitteln für besondere Ernährungszwecke
- Stärkere Risikoorientierung und Flexibilisierung im Kontrollverfahren
- Wegfall der Importermächtigungen

Dennoch bleibt das Erreichte hinter den Erwartungen zurück. So wurden z.b. Forderungen in bezug auf eine noch weitergehende Ausrichtung der Branche auf Nachhaltigkeit und auf gesunde Lebensmittel sowie die festgeschriebene Beteiligung des privaten Sektors am Entscheidungsprozedere nicht berücksichtigt. Die neue Regelung zu den Herkunftsangaben ist unbefriedigend. Sie wird dazu führen, dass sehr viele Erzeugnisse, obwohl weit überwiegend aus regionalen Rohstoffen bestehend, mit „EU/Nicht EU-Landwirtschaft“ gekennzeichnet werden müssen. Dies wird die Verbraucher verwirren und regionale, etablierte Öko Siegel behindern bzw. sogar außer Kraft setzen. Herkunftskennzeichnungen sollten den Marketingüberlegungen der Unternehmen überlassen bleiben!

Aus unserer Sicht bestehen noch zwei **wesentliche kritische Punkte**, die unbedingt geändert werden sollten:

- Wir halten die Möglichkeit, dass auf der Ebene der Nationalstaaten Pestizide für die Öko Landwirtschaft zugelassen werden können, für völlig unakzeptabel.
- Das Berechnungssystem für die Zutaten ist nicht eindeutig geregelt. Diese Situation wird zu einem Chaos in der Vollzugspraxis führen. Wir fordern als Berechnungsgrundlage alle Zutaten mit Ausnahme von Wasser und Salz in der neuen VO zu verankern, so wie das auch IFOAM, Codex Alimentarius oder NOP vorsehen.

### Forderungen:

- **Beseitigung der nationalen Zulassung von Pestiziden und Klärung der Berechnungsgrundlage für Zutaten**
- **Ausreichender zeitlicher Rahmen für ausführliche Konsultationen im weiteren Prozess der Revision**
- **Bessere Vorbereitung aller Beteiligten zur Überarbeitung der Anhänge**

## II. Die Klimakatastrophe – die Öko-Lebensmittelwirtschaft trägt zur Verbesserung der Situation bei!

### Zusammenfassung:

Der Bericht der WHO vom 1. Februar 2007 hat die Konsequenzen der Klimakatastrophe weltweit in das Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Die gesellschaftlichen Kosten dieser Entwicklung wurden im Herbst 2006 erstmals beziffert. Die Politik ist gefordert zum Wohle zukünftiger Generationen endlich deutliche Schritte gegen die Klimaveränderungen einzuleiten. Die Produktionskonzepte für ökologische Lebensmittel sind Schlüsseltechnologien zur Bekämpfung der Erderwärmung. Diese Beiträge der Branche müssen erkannt, gestützt und gefördert werden.

Der Klimabericht der WHO vom 1. Februar 2007 in Paris hat der Weltöffentlichkeit die konkreten Konsequenzen des Klimawandels aufgezeigt. Die Klimaveränderungen zeigen sich offensichtlich schneller und deutlicher als erwartet! Die globalen Auswirkungen des Raubbaus der Industrienationen an den endlichen Ressourcen dieser Erde werden konkret. Was vor 30 Jahren prognostiziert wurde, erfüllt sich heute. Erschreckend ist, dass die Weltgemeinschaft in diesen 30 Jahren nicht in der Lage war angemessen auf die absehbare Entwicklung zu reagieren. Die politisch und wirtschaftlich etablierten Systeme scheiterten bisher vor dieser Herausforderung! Deren tatsächliche Reaktionsfähigkeit schätzen wir auch angesichts der aktuellen Situation als nicht hoch ein. Der verbleibende Optimismus fußt auf der Tatsache, dass seit Jahren zumindest von einem Teil der Akteure umweltfreundliche Konzepte realisiert wurden und werden.

Die ökologisch orientierte Ernährungswirtschaft arbeitet seit fast 100 Jahren an Konzepten der Landbewirtschaftung, der Verarbeitung und des Handels einschließlich des Miteinander-Wirtschaftens, welche Antworten auf die Herausforderungen der Umwelt und Klimakatastrophen geben. Die Bemühungen, seien es nun die um die ökologische Landwirtschaft oder die um ökologische Unternehmensausrichtungen, zeitigen nachweislich sehr positive Ergebnisse in bezug auf die Umweltwirkungen. Das System Öko-Lebensmittel ist ein lernendes System, das den „richtigen“ Weg vorzeichnet.

Die Politik ist nur in Teilen und nicht ausreichend bereit diese Leistungen entsprechend zu honorieren. Wir haben den Eindruck, dass besonders Akteure unterstützt werden, die sich nicht konsequent den Umweltproblemen stellen und oft nicht gewillt sind gesellschaftliche Folgekosten mit in ihre Berechnungen einzubeziehen, geschweige denn zu bezahlen. Es bestehen nach wie vor große Defizite in bezug auf die Internalisierung der Umweltkosten auf betrieblicher Ebene.

Wir brauchen eine Kehrtwende und zwar jetzt und sofort! Es ist eine Illusion und es ist mehr als unverantwortlich sich je nach Wählergunst von einer Mikroentscheidung zur anderen treiben zu lassen. Es muss heute eine Politik etabliert werden, die Verantwortung für zukünftige Generationen übernimmt. Denn spätestens unsere Kindeskiner werden zurückblickend sagen: „Unsere Großväter und Großmütter haben auf unsere Kosten die Umwelt und die Ressourcen verbraucht - verantwortungslos und egoistisch“

### Forderungen:

- **Die Politik muss endlich Mut zeigen und schlüssige Konzepte, wie der Klimakatastrophe begegnet werden kann, vorlegen**
- **Deutschland muss unter den Industrieländern Vorreiter für innovative Entwicklungen sein**
- **Die externalisierten Umweltkosten in Landwirtschaft und Industrie müssen konsequent internalisiert werden**
- **Die Industrie und insbesondere die Unternehmen, die heute schon ökologisch wirtschaften, müssen ihre Bemühungen konsequent weiterentwickeln**
- **Die Politik muss diese Bemühungen unterstützen und flankieren**

### **III. Der Markt entwickelt sich außerordentlich positiv - aber ohne regionale Landwirtschaft!**

#### **Zusammenfassung:**

Die Öko-Lebensmittelwirtschaft leistet einen entscheidenden Beitrag zur Erhaltung und Pflege der Umwelt sowie zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Diese gesellschaftlichen Beiträge werden noch viel zu wenig gewürdigt und honoriert. Der Absatz von ökologischen Lebensmitteln boomt in vielen EU Ländern. Die positiven Effekte auf Umwelt und Arbeitsplätze werden jedoch zunehmend weg von den Absatzmärkten exportiert. Die Agrarpolitik trägt für diese Entwicklung eine entscheidende Mitverantwortung durch Zurückfahren der Unterstützungen für ökologisch wirtschaftende Landwirte. Diese Politik muss korrigiert werden.

Der Markt für ökologische Lebensmittel hat sich im letzten Jahr positiv weiterentwickelt. Wesentliche Zuwachsraten werden heute insbesondere im LEH und bei den Discountern erreicht.

Leider geht diese positive Marktentwicklung zunehmend an den Landwirten in Ländern, in denen gute Absatzmärkte bestehen, vorüber. So befassen sich in Deutschland z. B. über 4000 Verarbeitungsunternehmen mit der Herstellung von Ökoprodukten! In bezug auf die Verarbeitung ökologischer Lebensmittel sind die deutschen Unternehmen führend. Die Rohwaren für diese Produktion werden jedoch immer öfter aus dem Ausland bezogen. Dies liegt im wesentlichen auch daran, dass in vielen Bundesländern die Förderung des ökologischen Landbaus - entgegen den Markttrends - zurückgefahren wurde und damit Rohstoffe aus dem Inland unzureichend verfügbar sind. Das führt zur Situation, dass Umwelt- und Sozialleistungen des Ökolandbaus heute zunehmend exportiert werden. Um den belegten Mehrnutzen des Ökolandbaus in den Regionen wirksam werden zu lassen und als Beitrag für kommende Generationen gerade im dicht besiedelten Mitteleuropa zu halten, ist es notwendig die Förderung für die ökologische Landwirtschaft aufrecht zu erhalten und auszubauen. Keine andere Landbewirtschaftungsform bietet so viele positive Umwelteffekte und stellt diese der Gesellschaft kostenfrei zu Verfügung! Aus umweltpolitischer Sicht ist deshalb zu fordern, dass der Ökolandbau zumindest einen Teil dieser Leistungen honoriert bekommt. Nachfolgende Generationen werden ihren Nutzen daraus ziehen! Dasselbe trifft auf die positiven Effekte der Bewirtschaftungsform in bezug auf Arbeitsplätze zu.

Umgekehrt sind rohstoffverarbeitende oder -handelnde Unternehmen in Mitteleuropa in der Pflicht bewusst auf regionale Beschaffungsmöglichkeiten zu setzen und geeignete Beschaffungssysteme sowie Marketingkonzepte zu erarbeiten. Die Potentiale des Ökolandbaus werden nur dann ausgeschöpft, wenn der Slogan „Gesunder Boden, gesunde Umwelt, gesunde Pflanzen, gesunder Mensch“ ernst genommen und dieses umfassende Angebot für die Kunden verfügbar gemacht wird. In der Konsequenz geht dies fast nur regional.

Ein weiterer belastender Faktor für die Öko Landwirtschaft ist heute die hoch subventionierten nachwachsende Rohstoffe wie Energiemais, die mit dem Öko-Landbau um Anbauflächen konkurrieren. Intensiv angebaute Energiepflanzen sind eine Belastung für die Umwelt. Sie müssen ökologisch angebaut werden, damit der Umweltnutzen verbessert wird und sie dürfen nicht in der Art subventioniert werden, dass sie ökologische Anbauflächen verdrängen.

Studien der letzten Jahre haben gezeigt, welche Beiträge die ökologische Lebensmittelwirtschaft für eine regionale Ökonomie zu leisten vermögen. Diese Effekte muss und will die ökologische Lebensmittelwirtschaft als Argument für ihre Produkte nutzen.

#### **Forderungen:**

- **Umweltleistungen der Öko-Lebensmittelbranche müssen noch stärker vermittelt und gesellschaftlich honoriert werden**
- **Die Branche soll regionale Wirtschaftskreisläufe effektiv fördern**
- **Die Leistungen der Öko-Lebensmittelwirtschaft in bezug auf die Entwicklung des ländlichen Raumes müssen weiter untersucht und dargestellt werden**
- **Die Förderungen der Öko-Landwirtschaftsbetriebe muss erhalten und ausgebaut werden**
- **Energiepflanzen müssen für eine optimale Umweltbilanz ökologisch erzeugt werden**

## IV. Öko-Rohstoffe werden knapp, die Risiken für die Branche steigen!

### Zusammenfassung:

Der Markt für ökologische Lebensmittel hat sich sehr dynamisch entwickelt. Zunehmend kommt „anonyme“ Öko-Ware in großen Chargen aus fernen Ländern auf den heimischen Markt. In dieser Situation steigen die Risiken für die ganze Branche. Sie muss ihre Sicherungssysteme weiterentwickeln und dafür sorgen, dass „Bio“ als Botschaft seine hohe Wertschätzung bei den Verbrauchern behält.

Der Absatzboom für ökologische Lebensmittel in den letzten beiden Jahren ist sehr positiv und zeigt, welche Dynamik das Thema Bio im Markt entwickeln kann. Leider konnte die landwirtschaftliche Produktion von Öko-Rohwaren insbesondere in Mitteleuropa mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten. Ökologische Rohwaren werden heute in erheblichen Mengen aus neuen, relativ „anonymen“ Quellen zu teilweise „kreativen“ Preisen aus der ganzen Welt beschafft, zunehmend auch in sehr großen Mengen von Unternehmen, die keine oder erst anfängliche Erfahrungen in diesem Markt haben. Diese sind meist nicht vertraut mit den Spezifika dieser Rohwaren und den notwendigen Maßnahmen, insbesondere wenn es um die Sicherstellung der echten Öko-Qualität geht.

Schon in den letzten Jahren musste die Branche z.B. bei Getreide schmerzlich erfahren, welche negativen Konsequenzen eine solche überhitzte Marktsituation für die ganze Branche haben können. Verbraucher haben ein sehr hohes Vertrauen in Öko Lebensmittel. Das ist das höchste „Gut“ der Branche. Dieses Vertrauen ist jedoch leicht zu erschüttern. Die Vergangenheit zeigte, dass der Schaden sich dann keinesfalls auf die Akteure beschränkte, die betrügerisch handelten oder Fehler gemacht haben! Im Falle eines Skandals haftet die ganze Branche!

Presseberichte aus jüngster Zeit zeigen, dass viele Journalisten der Bio Branche kritisch gegenüberstehen. Die negative Kommunikation zu Bio allgemein und im Rahmen der Revisionsdebatte im Besonderen haben die Verbraucher weiter verunsichert.

Es ist deshalb notwendig, dass die Branchenakteure ständig an der Weiterentwicklung ihrer Qualitätssicherungsmaßnahmen arbeiten. Den neuen Akteuren in diesem Markt muss deutlich sein, dass sie eine hohe Verantwortung tragen und diese im Sinne der ganzen Branche einlösen müssen. Die Herausforderungen und Konzepte liegen auf dem Tisch, z. B: Rückverfolgbarkeit, Monitoring, elektronische Zertifikate.

Die ursprüngliche Öko-Branche legte schon immer erweiterte Kriterien der Nachhaltigkeit bei ihren Produkte an. Das in vielen Unternehmen erreichte Qualitätsniveau droht durch den aktuellen Preisdruck und die mangelnde Qualitätsorientierung im Handel zu erodieren. Das muss verhindert werden.

Es gilt jedoch auch, das EU-Bio-Niveau zu sichern. Bricht das Vertrauen der Verbraucher in EU-Bio-Ware weg, bedeutet dies den Marsch zurück in die Nische, die dann mühsam wieder stabilisiert werden muss! Dies jedoch ist nicht im Sinne der Umwelt und der Menschen. Deshalb sollten die Akteure der Branche darauf Bedacht sein „EU-Bio“ als Qualitätsstandard in der Öffentlichkeit nicht zu zerreden. Eine Erosion des Vertrauens der Verbraucher in den EU-Bio-Standard könnte sich als fataler Fehler herausstellen, auch für Organisationen, die sich zunächst Vorteile davon versprechen.

### Forderungen:

- **Die Branche muss die Sicherungskonzepte für Bio-Qualität weiterentwickeln**
- **Die Marktakteure müssen ihrer Verantwortung für den gesamten Markt gerecht werden**
- **Ergänzend zur Differenzierung der Qualitäten am Markt muss sich die Branche für ein hohes Niveau der Bio-VO einsetzen und ein Erodieren des Vertrauens der Verbraucher in EU-Bio verhindern.**

## V. GVO – Es wird Zeit die Konsequenzen zu ziehen!

### **Zusammenfassung:**

Die europäische Politik zur Einführung der grünen Gentechnik ist gescheitert. Eine Wahlfreiheit für die Verbraucher besteht nicht. Die Koexistenz bleibt ein Zankapfel und scheitert letztendlich an der Realität! Diese neue Technologie ist von der Mehrheit nicht gewollt. Deshalb ist es höchste Zeit das Scheitern der Grundannahmen zur Kenntnis zu nehmen und den Prozess der Einführung der grünen Gentechnik in Europa ganz zu stoppen oder auszusetzen.

1. In den Regalen finden Kunden praktisch keine Kennzeichnung vor, weder von Produkten, die positiv als „hergestellt mit GVO“ noch die negativ als „hergestellt ohne GVO“ gekennzeichnet sind.

Die politische Zusage, dass es zu einer umfassenden Kennzeichnung von GVO-Lebensmitteln kommen wird, ist nicht eingelöst worden! Heute weisen Wirtschaftsverbände immer wieder darauf hin, dass GVO und deren Folgeprodukte schon in sehr vielen Lebensmitteln enthalten seien, ob nun z. B. als Futtermittel oder als Zusatzstoff. Dennoch ist auf den Etiketten praktisch keine Information zu finden. Die bisherigen Kennzeichnungsvorschriften schaffen keine Transparenz!

2. Ein weiteres Schlüsselwort zur gesetzlichen Legitimierung des GVO-Anbaus neben Transparenz ist der Begriff „Koexistenz“. Wenn über Koexistenz gesprochen wird, dann bedeutet dies, unter welchen Bedingungen dürfen GVO freigesetzt werden. Die Mitgliedsländer der EU dürfen diesen Rahmen ausfüllen. Koexistenz ist jedoch ein Nebelbegriff. Er vernebelt, dass die Natur unteilbar ist und spielt mit der Illusion einer rechtstechnischen Abgrenzung. Diese ist jedoch niemals real. Werden GVO freigesetzt, kommt es immer mehr oder weniger zur Kontamination, Auskreuzung bis hin zur Vermehrung in Wildpflanzen. Im übrigen auch, wenn GVO für nachwachsende Rohstoffe angebaut werden!

3. Das Beispiel des Genreis der Sorten LL-601 aus USA und BT 63 aus China in deutschen Supermärkten zeigte erneut, dass diese Technik nicht beherrschbar ist. Der Fall hat deutsche Händler und Mühlen viel Geld gekostet. Bei den Verbrauchern hat es - zurecht - weiter das Vertrauen in die Politik beschädigt. Koexistenz ist für die Lebensmittelwirtschaft keine theoretische Frage nach „was kommt, wenn GVO breit angebaut werden?“ Im Gegenteil, in der Lebensmittelwirtschaft entstehen seit Jahren aufgrund des weltweiten Handels mit Mais, Soja und Rapserzeugnissen aus GVO-Quellen enorme zusätzliche Kosten. Wettbewerbsvorteile von GVO-Waren entstehen wesentlich durch die Rechtssetzung. In diesem Feld sind wir wieder weit weg von einer ursachenorientierten Haftung.

4. Den Protagonisten der GVO ist es gelungen, die Rechtssetzung von Anfang an so zu organisieren, dass immer die, welche selbst nicht GVO verarbeiten und handeln wollen, Zusatzaufwendungen zu leisten haben. Es wird dann zynisch festgestellt, dass GVO -Freiheit ein Zusatznutzen für die Verbraucher wäre, den diese auch extra zu bezahlen haben! Das bedeutet, es wird tatsächlich von einer Degradation der Qualität bei GVO-Lebensmitteln ausgegangen. Nach unserer Erfahrung wollen die Verbraucher keine weitere Degeneration der Lebensmittel!

5. Es muss eine grundsätzliche Richtungsänderung der Politik erreicht werden. Es wird höchste Zeit die Anwendung der grünen Gentechnik, d.h. gentechnischer Verfahren im Freiland (Natur) ganz zu unterbinden und auf Grundlage einer gescheiterten Einführungs politik in der EU die Konsequenzen zu ziehen. Dies trifft auch auf nachwachsende Rohstoffe zu!

### **Forderungen:**

- **Keine weiteren Zulassungen von GVO für Aussaat, Vertrieb und Verarbeitung in Europa**
- **Sofortiger Stopp aller wissenschaftlicher und kommerzieller Freisetzungen in Deutschland und Europa**
- **Mindestens 10 jähriges vollständiges Moratorium in der EU für die Freisetzung und jegliche Nutzung von GVO außerhalb von vollständig kontrollierten Systemen**
- **Die Kennzeichnungsregeln müssen auf die Fütterung und Stoffe der Biotechnologie ausgeweitet werden**
- **Die Haftungsregeln müssen über die gesamte Lebensmittelkette klar verursacherorientiert sein und unter 0,9 % greifen**

## VI. Health Claims - ein neues bürokratisches Risiko für den Mittelstand!

### Zusammenfassung:

Die neue Health-Claims VO der EU schreibt vor, dass gesundheitsbezogene Aussagen der EU-Wissenschaftsprüfung unterworfen werden sollen. Eine einseitige stoffliche Orientierung und mangelnde Beurteilungsfähigkeit der Wissenschaft für ganzheitliche Lebensmittelsysteme werden zu schlechten Ergebnissen führen und Schaden, vor allem für KMU und Bio-Unternehmen anrichten.

Die EU versucht mittels einer sogenannten Health-Claims-Verordnung die Kommunikation zu Gesundheitsthemen im Lebensmittelverkehr zu standardisieren. Dieser Vorstoß der EU wird von uns sehr kritisch gesehen. Für den Mittelstand ist es zu kostenaufwändig, die nötigen Untersuchungsprogramme durchzuführen, um eigenständige Health Claims zu positionieren. Das sind für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) klare Nachteile. Den KMUs stehen nur die in einer allgemeinen Liste gefassten Claims zur Verfügung.

Besonders kritisch für die Öko-Branche ist, dass es zukünftig nicht mehr erlaubt ist allgemeine Wirkaussagen, wie z.B. „besonders gesund“ oder „besonders zum Wohlbefinden beitragen“, auf die Etiketten zu bringen. Solche Aussagen sind nur dann zugelassen, wenn ein regulärer Health Claim auf der Packung zu finden ist. Diese unspezifischen Wirkaussagen werden von einigen Herstellern und Verbänden genutzt um den „komplexen Gesundheitsbegriff“ für Öko Lebensmittel an die Verbraucher zu vermitteln. Hier ist mit deutlichen Einschränkungen zu rechnen.

Die Biobranche pflegt traditionell einen ganzheitlichen Gesundheitsbegriff: „Gesunde Umwelt, gesunder Boden, gesunde Pflanze, gesundes Tier, gesunder Mensch“. Diese Aussage ist sozusagen der Kern aller Qualitäts- und Gesundheitsaussagen zu ökologischen Lebensmitteln.

Die Kommunikation dieser Kernbotschaft wird durch die neue Verordnung erschwert. Dieses ganzheitliche Bild passt nicht in das Weltbild von Gesundheitsbehörden, die überwiegend nur in singulären, materiell gedachten Wirkzusammenhängen denken. Health Claims für das spezielle Lebensmittel- und Gesundheitsverständnis der Öko-Branche anzumelden wird sehr schwierig werden.

Dennoch muss die Branche darüber nachdenken, spezielle Health Claims für Öko Lebensmittel zu konzipieren und zu etablieren, zunächst in der allgemeinen Liste und in einem zweiten Schritt als neue Öko Health Claims.

Insgesamt sollte sich die Branche nicht beirren lassen ihren ganzheitlichen Gesundheitsbegriff weiter zu gebrauchen. Wir halten den in der Branche gepflegten Gesundheitsbegriff insbesondere in bezug auf Lebensmittel und Ernährungsstile für zukunftsweisend. Bedauerlich ist, dass nun durch Überregulierung die Möglichkeiten der Kommunikation des gepflegten, ganzheitlichen Gesundheitsansatzes weiter erschwert werden.

Letztendlich ist diese Verordnung kein Beitrag zu gesünderen Lebensmitteln!

### Forderungen:

- **Der „ganzheitliche“ Gesundheitsbegriff muss gepflegt und gefördert werden**
- **Die Kommunikation über die Vorteile ganzheitlicher Lebensmittelsysteme ohne spezifischen Wirknachweis für einzelne isolierte Stoffe muss weiter möglich sein**
- **Die Branche sollte eigene Health Claims entwickeln und positionieren**

## **VII. Anhang VI für tierische Erzeugnisse nach sieben Jahren verabschiedet! Entscheidungen müssen schneller fallen!**

### **Zusammenfassung:**

Nach sieben-jährigem Ringen ist mit Anhang VI das Zusatzstoffregime für tierische Erzeugnisse verabschiedet worden. Das ist sehr positiv, wirft jedoch ein Schlaglicht auf eine fundamentale Schwäche der EU. Das „Nicht-Entscheiden-Können“ des Gesetzgebers ist kritisch für die Wirtschaft. Technische Entscheidungen müssen auf EU Ebene schneller getroffen werden können!

Die EU hat im Frühjahr 2006 die Positivlisten der Zusatzstoffe für die Verarbeitung von tierischen Lebensmitteln verabschiedet und veröffentlicht. Ab 1.12.2007 besteht für diese Produktgruppen endlich Rechtssicherheit.

Die Entscheidung wirkt jedoch in einigen Teilen kurios: Die beschränkte Zulassung von Nitrit und Nitrat als Pökelfarbstoff tritt zum 1.12.2007 in Kraft und soll schon zum 31.12.2007 wieder beendet werden. Für die Praxis ist dies unakzeptabel und bringt den Öko-Fleischverarbeitern keine Rechtssicherheit. Hier muss umgehend geklärt werden, wie es nach dem 31.12.2007 weitergeht.

Weiterhin ist es wichtig einige Detailpunkte nachzubessern. Insbesondere ist hier zu nennen, dass die notwendigen Substanzen für die Herstellung von Öko-Gelatine noch vor dem 1.12.2007 in die Verordnung aufgenommen werden müssen. Ansonsten wird die positive Entwicklung der Öko-Gelatine, die nun seit Jahren auf dem Markt ist, unterbunden werden. Das ist nicht im Sinne der Branche!

Von aller höchster Bedeutung ist, dass diese Korrekturen bzw. Klarstellungen möglichst zügig erfolgen und nicht nur in Hinblick auf das Inkrafttreten des Anhangs VI für tierische Erzeugnisse am 1.12.2007. Die Praxis braucht einen „Gesetzgeber“, der in adäquater Zeit in der Lage ist insbesondere zu technischen Details Entscheidungen treffen zu können und damit für Rechtssicherheit in der Praxis zu sorgen! Wir hoffen, dass sich die Artikel 14 Kommission pragmatisch zeigt und schnell über die angemahnten Korrekturen und Ergänzungen für Anhang VI entscheidet. Letztendlich bleibt Zeit bis zum 30.11.2007.

Darüber hinaus ist es jedoch geboten, und die Revision der Verordnung gibt uns die Chance das umzusetzen, die Verfahren zur Beantragung und Entscheidung so weiter zu entwickeln, dass diese transparenter und effektiver werden. Im Revisionsprozess wurden nun schon Kriterien für die Mittelzulassung verabschiedet. Das ist ein Fortschritt! Die Detailbestimmungen zur Ausführung, wie der Evaluierungsprozess zukünftig effektiv und transparent erfolgen kann und somit schnelle qualitativ gute Entscheidungen zustande kommen, fehlen leider noch! Diese sollten möglichst schnell erarbeitet werden. Wir schlagen vor, dass ein standardisiertes Antragsverfahren basierend auf Fachdossiers mit einer zweimonatigen öffentlichen Konsultationszeit via Internet eingerichtet wird. Die Kommission sollte verpflichtet werden die Ergebnisse des Konsultationsverfahrens zu veröffentlichen. Ebenso sollten Begründungen zu den Entscheidungen des (zukünftigen) Art. 31 Ausschusses öffentlich gemacht werden. Weiterhin halten wir es für notwendig, dass bei Entscheidungen zu Verarbeitungsthemen immer Experten aus der Verarbeitung von Ökolebensmittel eingebunden werden.

### **Forderungen:**

- **Der Anhang VI für tierische Erzeugnisse muss bis 30.11.2007 nachgebessert werden**
- **Die Revision muss genutzt werden, um Entscheidungsprozesse zu entwickeln, welche effektiv und transparent sind und qualitativ hochwertige Entscheidungen in einem „kurzen“ Zeitraum ermöglichen**

## **Zum Schluss**

Die Öko-Lebensmittelbranche leistet Bedeutendes im Umweltschutz und damit zur Verringerung des Treibhauseffektes, im Bereich der gesunden Ernährung und damit zur Reduktion der Gesundheitskosten und verbessert dabei noch die Arbeitsplatzsituation in Deutschland. Es ist sehr positiv, dass Hersteller ökologischer Lebensmittel wichtige Beiträge für die großen Fragen unserer Zeit leisten können!

Wir fordern unser wirtschaftliches Umfeld, die Verbraucher und letztendlich die politischen Verantwortungsträger auf, mit in die Verantwortung zu gehen und so zu handeln, dass ein gesellschaftliches Klima und Rahmenbedingungen entstehen, die die ökologische Lebensmittelwirtschaft unterstützen und fördern. Wir müssen die ökologischen Katastrophen unserer Zeit als Herausforderung an vernünftiges Handeln endlich annehmen. Wir fordern beherztes Handeln zum Wohle der Bürger und unseres Gemeinwesens.

Wir brauchen eine neue Verantwortungskultur, die nicht an der eigenen Nabelschau aufhört. Slogans wie „Geiz ist geil“ sind schlicht dumm und unmoralisch, denn sie sprechen dem Gegenüber das Recht ab, für seine Leistung eine adäquate Entlohnung zu erhalten.

Es ist heute mehr denn je klar, dass wir alle auf einem „Ast“ sitzen. Wenn wir anfangen diesen anzusägen fällt möglicherweise unser Nachbar als erster - jedoch folgen wir ohne Zweifel nach. Wir sind gehalten als Bürger, Kunde, Unternehmer oder als Politiker über den eigenen Horizont hinaus zu denken. Die Klimakatastrophe macht es uns mehr als deutlich. Globale Verantwortung über Generationen hinweg zu übernehmen, ist angesagt. Aber in dieser Weise zu denken, das können wir nicht oder haben wir schlicht verlernt. Daran muss gearbeitet werden: Weg von der Nabelschau hin zu einer „nachhaltigen Verantwortungskultur“.

Lassen Sie uns in diesem Sinne vor uns liegende Aufgaben ergreifen.

**AoeL e.V.**

**Zum Pilsterhof 7**

**97789 Oberleichtersbach**

**[www.aoel.org](http://www.aoel.org)**

**8. Februar 2007**